

12. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 02.03.2006

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 1

Gegenstand: Einrichtung einer Grillhütte; Antrag der BGS-Stadtratsfraktion vom 12.01.2006
Vorlage: 0003/2006

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Eine mündliche Begründung des Antrages erfolgt nicht, da kein Vertreter der BGS-Stadtratsfraktion zu diesem Zeitpunkt anwesend ist.

Beschluss:

Der Antrag der BGS-Stadtratsfraktion wird ohne weitere Aussprache einstimmig abgelehnt.

12. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 02.03.2006

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 2

Gegenstand: Renovierung des Trimm-Dich-Pfades; Antrag der BGS-Stadtratsfraktion vom 12.01.2006
Vorlage: 0004/2006

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Herr Frank Ableiter begründet den Antrag mündlich, wonach die Fraktion das Anliegen einer Reihe von Bürgern aufgreift. Der Trimm-Dich-Pfad ist nach Augenscheinnahme in sehr schlechtem Zustand und mangelhaft ausgemalbt. Dies sollte dringend abgestellt werden.

Der Vorsitzende erläutert, dass der Zustand des Weges wesentlich darauf zurückzuführen ist, dass in diesem Bereich waldwirtschaftliche Maßnahmen durchgeführt werden. Solange diese Arbeiten andauern, wäre eine Renovierung des Trimm-Dich-Pfades bisher auch nicht sinnvoll. Nach Abschluss der Arbeiten, voraussichtlich Ende März, werde der Bereich wieder vollständig saniert. Dies wäre auch ohne Antrag der BGS-Fraktion so erfolgt.

Die Ausführungen der Verwaltung zum Antrag der BGS-Stadtratsfraktion werden ohne Einwendungen zur Kenntnis genommen.

12. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 02.03.2006

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 3

Gegenstand: Befestigung des Weihnachtsmannes am Altpörtel; Antrag der BGS-Stadtratsfraktion vom 12.01.2006
Vorlage: 0035/2006

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Der Vorsitzende wirft ein, der Antrag komme angesichts des aktuellen Schneetreibens wohl zur rechten Zeit.

Herr Frank Ableiter begründet den Antrag nochmals mündlich und äußert die Hoffnung, dass der Weihnachtsmann in der diesjährigen Adventszeit attraktiver positioniert wird.

Frau Häußler zeigt sich überrascht, dass sich der Stadtrat mit so einem Thema beschäftigen muss. Der Verkehrsverein hat vor einigen Jahren zusammen mit verschiedenen Sponsoren den fast vergessenen Brauch wieder aufleben lassen. Zur Zeit wird eine verbesserte Aufhängung geprüft. Die beleuchtete Figur, die im übrigen ein Nikolaus sei, bleibt auf der Postplatz-Seite des Altpörtels, weil dies bei den Gewerbetreibenden am Postplatz und der Gilgenstraße sehr gut bewertet wurde.

Die Ausführungen von Frau Häußler zum Antrag der BGS-Stadtratsfraktion werden ohne Einwendungen zur Kenntnis genommen.

12. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 02.03.2006

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 4

Gegenstand: Renovierungsarbeiten der Fassaden am Doppelgymnasium; Anfrage der SPD-Stadtratsfraktion vom 22.02.2006
Vorlage: 0043/2006

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Der Vorsitzende verweist darauf, dass die Beantwortung wie im öffentlichen Teile des Bau- und Planungsausschusses erfolgt. Die Kosten für die Sanierung werden auf insgesamt mindestens 400.000 € geschätzt. Im Haushalt 2006 sind Sanierungsmittel in Höhe von 320.000 € für das Doppelgymnasium vorgesehen, davon für die Fortsetzung der Fenstersanierung 120.000 € und für den ersten Abschnitt der Fassadensanierung 200.000 €. Insgesamt sind drei Bauabschnitte geplant. Sofern die Ausschreibungsergebnisse günstig ausfallen, wird eventuell zugunsten der Fassadensanierung auf die Fenstererneuerung verzichtet.

Der Stadtrat nimmt die Beantwortung ohne Einwendungen zur Kenntnis.

Gegenstand: Antrag der SPD-Stadtratsfraktion auf Rüge des Altenheimdezernenten Rolf Wunder (SWG) vom 22.02.2006
Vorlage: 0048/2006

Die ausgeteilte Tischvorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Nach mündlicher Begründung durch Herrn Dr. Winterle geht es bei dem Antrag nicht um die Erhöhung der Heimsätze durch den Neubau sondern um das Verhalten des Dezernenten. Herr Wunder habe in der Bewohnerversammlung den Bewohnern nahe gelegt, zum Sozialamt zu gehen oder in ein anderes Altersheim zu wechseln – dies ist das zu rügende Verhalten, weil es an sozialer Kälte nicht mehr zu übertreffen ist. Er erklärt wörtlich: "Herr Wunder, so geht es nicht!"

Herr Wunder greift den Wunsch von Herr Dr. Jung dankend auf, sich zu den Vorwürfen äußern zu können. Der Antrag basiere im Wesentlichen auf einem Zitat in der Presse. Es handelte sich bei der besagten Veranstaltung um eine 2stündige Versammlung mit vielen Argumenten und Beratungen. Nicht bestritten wird, dass dieser Weg aufgezeigt wurde. Dem gingen allerdings auch andere Beratungspunkte voraus. Wenn man aus dem Kreis der Bewohner oder Angehörigen konkret zu Alternativen gefragt wird, fühlt er sich verpflichtet, wahrheitsgemäße Antworten zu geben.

Herr Dr. Jung greift für die CDU-Fraktion auf, dass im Antrag zitiert ist, es gebe eine politisch verschuldete Verteuerung. Darauf wurde seitens der CDU in der Presse nicht reagiert, jedoch ist dies nun das Forum dafür. Fakt ist, dass das Altersheim im gegenwärtigen Zustand nicht mehr haltbar war, was auch die Heimaufsicht auf den Plan gerufen hat. Wirtschaftlich wäre eine Sanierung mindestens genauso teuer geworden, wie der Neubau. Mit diesen Belastungen war auch konkludent eine Verteuerung der Heimkosten anzunehmen und wurde von allen in Kauf genommen.

Es handelt sich bei dem neuen Heim auch nicht um eine deLuxe-Einrichtung, wie von einzelnen SPD-Fraktionsmitgliedern behauptet ("4*-Altenheim"). Die Erhöhung der monatlichen Heimbeiträge errechnet sich im Wesentlichen aus den laufenden Personal- und Betriebskosten und nicht aus den investiven Kosten für den Neubau. Es war das erklärte Ziel aller Beteiligten, ein neues Pflegekonzept zu verwirklichen. Die höheren Personalkosten für ein solches Konzept schlagen natürlich auf die Pflegekosten durch. Man kann diese Kosten reduzieren, indem man auf Pflegequalität verzichtet. Die wesentlichen finanziellen Auswirkungen lagen bereits zur Stadtratssitzung im Juli 2003 in der Vorlage vor. Deshalb kann man auch nicht von Überraschungen sprechen. Die derzeit gehandelten Sätze markieren die beantragten Maximalbeträge. Er geht davon aus, dass sich die tatsächlich genehmigten Sätze im üblichen Rahmen in Speyer bewegen werden.

Das bisherige Haus erwirtschaftet mit seinen Pflegesätzen jährlich ein erhebliches Defizit, das die Stiftung ausgleichen muss. Allein in SPD-Zeiten summierten sich diese Zuschüsse auf 6,9 Mio. DM; dies nicht als Kritik sondern als bloße Feststellung. Umgelegt auf die Pflegesätze hätte sich pro Bewohner eine Erhöhung von 10 € und Tag ergeben, um die Kosten auszugleichen. Im Übrigen leben 80 % der Sozialhilfeempfänger unter den Altenheimbewohnern nicht im Altenheim der Bürgerhospitalstiftung sondern in anderen Einrichtungen.

Eine Rüge ist ein scharfes Mittel, das kann bei gravierenden Verfehlungen eines Beigeordneten angewendet werden. Diese sind nicht erkennbar. Deshalb gibt es auch keinen Anlass, dem Antrag zu folgen. Er fordert die SPD auf, hier und heute zu erklären,

was sie anders gemacht hätte oder machen würde.

Herr Preuß dankt Herrn Dr. Jung für die ausführlichen Erläuterungen zum Sachverhalt bei der Entwicklung des Altenheim-Neubaus. Dies wurde alles einstimmig im Altenheimausschuss so beschlossen und vom Dezernenten entsprechend umgesetzt. Er betrachtet es als keinen besonders guten politischen Stil, den Sachverhalt so aufzubauschen und bezeichnet den Antrag als Schaufensterantrag in Wahlkampfzeiten zur Landtagswahl. Aus dem Protokoll des Altenheimausschusses (AHA) vom Februar 2006 zieht die SWG eindeutig den Schluss, dass Unterstützungen der Stiftung gewährt werden. Die von der SPD verwendete Formulierung „minderbemittelte Heimbewohner“ ist nach seinem Dafürhalten diskriminierend für die alten Menschen.

Herr Feinler erklärt, es gab keinen Beschluss im AHA, dass die BüHo in Härtefällen Zuschüsse gewähren wird. Die Stimmung der Versammlung wurde in der Rheinpfalz treffend wiedergegeben, dies bestätigte auch der Beigeordnete im AHA.

Frau Brech-Hugo stimmt diesem Antrag nicht zu, weil die Kostenerhöhung tatsächlich seit Juli 2003 bekannt war. Vermutlich hat niemand wirklich nachgerechnet. Dies müssen sich die Mitglieder des AHA selbst vorwerfen. Der Zeitpunkt der Information an Bewohner und Angehörige erfolgte zu spät. Deshalb kam es zu Verunsicherungen. Sie wünscht sich, dass man politisch gestaltet und sich nicht gegenseitig zerfleischt.

Herr Rieser will sich auf den Antrag beziehen, wonach das Verhalten von Herrn Wunder gerügt werden soll und nicht auf die Frage der Kostenentwicklung. Basierend auf einem Pressebericht soll hier der Dezernent abgestraft werden. Dies ist nach seiner Auffassung völlig substanzlos.

Herr Frank Ableiter zitiert die Geschichte über die Entwicklung des neuen Konzeptes im Heim. Das Altenheim hatte gerade im Pflegebereich einen sehr schlechten Ruf. Im AHA wurde nicht darüber informiert, dass massiv Personal abgebaut und freie Plätze nicht mehr belegt werden. Er wirft Herrn Wunder auch vor, dass nicht rechtzeitig darüber informiert wurde, wie viel das Ganze für die Bewohner teurer wird. Der AHA hätte gegensteuern müssen, wenn er vom Dezernenten ausreichend informiert worden wäre. Deshalb ist die Rüge begründet.

Herr Dr. Jung verweist noch mal auf den Inhalt der Vorlage zur SR-Sitzung vom Juli 2003. Er ist stolz auf ein neu gebautes Haus mit einem innovativen Konzept. Dass dies teurer wird, war doch klar. Er verwehrt sich gegen den Vorwurf, es gebe eine politisch zu verantwortende Verteuerung. Wenn die SPD dieser Meinung ist, dann soll sie dies hier und heute klar begründen. Da sie das Konzept ursprünglich mitgetragen hat und über keine Alternative verfügt, lenkt die SPD mit dem Antrag von dieser Frage ab.

Herr Dr. Wintterle erklärt, dass es nur um das Verhalten des Herrn Wunder bei der Veranstaltung geht. Wie er selbst zugegeben hat, habe er geraten, dass es eine Möglichkeit wäre, in ein anderes Heim zu wechseln oder Sozialhilfe zu beantragen. Die anderen Alternativen ist er hier wie in der Versammlung schuldig geblieben. Zur Verteuerung der Altenheimsätze wolle er sich hier nicht weiter äußern. Zu Beginn der Legislaturperiode wurde bereits im AHA von der SPD gefragt, welche Konzepte entwickelt werden könnten, dass niemand aus dem Heim ausziehen muss. Die persönliche Antwort des Dezernenten war, das werde schon nicht passieren. Ein solches Verhalten habe Herrn Dr. Wintterle persönlich schwer enttäuscht.

Herrn Jaberg fällt es schwer, mit einer solchen Art der Zusammenarbeit im Rat umzugehen. Er kritisiert allerdings die Altenheimpolitik insgesamt als ebenfalls keinen guten politischen Stil. Der Fachausschuss fühlte sich in manchen Dingen einfach überfordert. Ihn bewegt auch die Frage, was mit dem Altenheim passiert, wenn es aufgrund der hohen Kosten nicht belegt

werden kann?

Herr Dr. Jakumeit kritisiert das Aufzählen alter politischer Fakten und den Versuch, sich gegenseitig an den Karren zu fahren. Die Menschlichkeit ist in der Diskussion in der Vergangenheit auf der Strecke geblieben. Er findet es unnötig, den Stadtrat mit der Thematik dieser Rüge zu befassen. Sollte dies disziplinarisch relevant sein, wäre es verwaltungsintern zu prüfen.

Herr Frank Ableiter fordert mehr Transparenz vor Entscheidungen ein. Unterlagen werden von der Verwaltung einfach zu spät eingereicht, um sich mit Experten zu beraten.

Herr Wunder erläutert nochmals, dass die Heimleitung und die Verwaltung seit Juli 2003 angewiesen waren, auf die neuen Preise hinzuweisen. Bei Neuaufnahmen wurde ebenfalls darauf hingewiesen, dass es sich um vorläufige Preise handelt.

Herrn Roskopf erscheinen die Argumente der SPD recht vage. Er versteht nicht, was an einer sachlichen Antwort auf eine konkrete Frage falsch sein soll.

Herr Claus Ableiter entschuldigt sich zunächst für sein Zuspätkommen. Die Mehrheitsfraktionen haben es nach seiner Auffassung geschafft, mit der größten Bürgerstiftung der Stadt das teuerste Altersheim zu schaffen, bei dem die Bewohner noch selbst mitarbeiten müssen. Die Mitarbeiter(innen) haben sich im Vorfeld extrem schlecht behandelt gefühlt. Dieser äußerst intransparente Vorgang diene einzig dazu, um Heim- und Arbeitsplätze im Altenheim abbauen zu können.

Der Vorsitzende weist ausdrücklich darauf hin, man soll bei der Wahrheit bleiben. Fakt ist, dass alle Ratsmitglieder 2003 in voller Kenntnis über die Kosten abgestimmt haben. Herr Ofer hat laut Protokoll damals sogar schon einen Monatsbetrag vorgerechnet. Der Ansatz von Herrn Jaberg war damals sogar ein anderer, er lehnte das Konzept ab, weil es gegenüber der ersten Konzeption nicht weit genug ging. Die Wirtschaftlichkeit war ihm damals nachrangig, auch das ist als Fakt aus dem Protokoll festzuhalten.

Beschluss:

Der Antrag der SPD-Stadtratsfraktion findet mit den Stimmen der SPD- und der BGS-Fraktion, bei drei Enthaltungen (Walter Deutsch SPD, Roswitha Pitsch B90/Grüne, Johannes Jaberg B90/Grüne) keine Mehrheit.

Gegenstand: Zuschüsse für minderbemittelte Heimbewohner aus der Bürgerhospitalstiftung; Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 22.02.2006
Vorlage: 0044/2006

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Herr Dr. Wintterle bekräftigt nochmals, dass er aus dem Protokoll des Altenheimausschusses (AHA) keinen Hinweis herauslesen kann, dass die Bürgerhospitalstiftung für Härtefälle aufkommen soll. Die SPD ist der Überzeugung, dass die Stiftung dauerhaft einspringen muss, wenn sich Bewohner das Heim nicht mehr leisten können. Der Fraktion geht es nicht um das Heimkonzept an sich sondern darum, wie man die Finanzierung auf die Reihe bekommt. Zudem war nicht klar, dass es einen solchen Personalabbau im Heim geben wird. Nach Auffassung der SPD hätte das Altenheim in der Hand der Bürgerhospitalstiftung bleiben sollen. Dass eine wirtschaftliche Führung des Hauses möglich ist, hat der letzte sozialdemokratische Altenheimdezernent bewiesen.

Herr Dr. Jung weist für die CDU darauf hin, dass genau in dieser Zeit bereits eine massive Personalreduzierung stattgefunden hat. Er wirft die Frage auf, woher die SPD die Gewissheit nimmt, dass der Betrieb des Heimes billiger wird, wenn es in der Trägerschaft der Stiftung wäre. Nach seiner Auffassung besteht offenbar aber ein grundsätzlicher Konsens, dass die Stiftung in Ausnahmefällen helfen soll.

Herr Rieser stellt fest, dass finanzielle Unterstützungen ja dem Stiftungszweck der Bürgerhospitalstiftung entsprechen, darüber muss man an sich nicht neu beschließen. Es bereitet ihm allerdings Probleme, jetzt unmittelbar einen verbindlichen Beschluss zu fassen, weil es verschiedenste Gruppen von Heimbewohnern gibt. Er sieht noch keine Kriterien, in welchen Fällen die Stiftung als letzter Notnagel einspringen soll.

Herr Roskopf zitiert das Protokoll der letzten AHA-Sitzung, wonach allgemeines Einverständnis besteht. Er sei kein Jurist, aber für ihn war klar, dass damit die Unterstützung durch die Stiftung gemeint ist.

Herr Dr. Wintterle sieht in dem Antrag einen Rumpf, der im AHA baldmöglichst mit der Festlegung genauer Kriterien ausgestaltet werden muss. Eine vorgezogene AHA-Sitzung in den nächsten 2-3 Wochen möge dies beschließen.

Herr Claus Ableiter stellt fest, dass Gelder der Bürgerhospitalstiftung auch Stadtgelder sind. Es sei das Fatale an der missglückten Angelegenheit, dass nun wieder Mittel in das Altenheim gesteckt werden müssen, was man doch eigentlich mit dem Neubau vermeiden wollte. Trotzdem stimmt die BGS-Fraktion dem Antrag zu.

Herr Deutsch stellt fest, wenn erneut Mittel zugeschossen werden müssen, dann sei bei der Konzeption von Anfang an ein Fehler gemacht worden. Es wurde ein wirtschaftlich nicht funktionierender Betrieb geplant.

Der Vorsitzende fasst zusammen, es soll ein Grundsatzbeschluss des Rates gefasst werden, mit Verweisung der konkreten Ausgestaltung in den Altenheimausschuss. Herr Dr. Wintterle erklärt, es solle ins Protokoll aufgenommen werden, dass Herr Wunder den Heimbewohnern nicht empfehlen wird, das Haus zu wechseln, um die Stiftung zu schonen.

Beschluss:

Der Stadtrat fasst einstimmig den Grundsatzbeschluss, dass die Bürgerhospitalstiftung in begründeten Härtefällen Unterstützungen gewährt, um Bewohner des Altenheims vor einem Verlust des Heimplatzes zu bewahren.

Der Altenheimausschuss wird damit beauftragt, in einer Sondersitzung hierzu verbindliche Richtlinien festzulegen.

Gegenstand: Jahresrechnungen 2004 der Stadt Speyer, der Bürgerhospitalstiftung, der Waisenhausstiftung und der Kolbstiftung
Vorlage: 0008/2006

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Frau Boiselle-Vogler übernimmt als dienstältestestes Ratsmitglied die Sitzungsleitung.

Herr Dr. Wilke gibt den Rechenschaftsbericht als Vorsitzender des Rechnungsprüfungsausschuss für das Rechnungsjahr 2004. Er erläutert die Entwicklung des Rechnungsergebnisses im Zusammenhang mit der sich dramatisch verschlechternden Kassenlage der Kommunen.

Er lobt die ausgezeichnete Vorbereitung durch die Stabsstelle Rechnungsprüfung.

Als positiven Aspekt erwähnt er, dass bei der Bildung von Haushaltsausgaberesten 2004 ein deutlicher Abbau gegenüber 2003 zu beobachten war (auf rund 1/3). Kritikpunkte sind wiederum: Fehlende Aufträge, freihändige Vergaben ohne Angebote oder Vergabevermerke, Auftragstückelungen und Skontoverluste. Als Kuriosum am Rande erwähnt er eine Reparatur einer alten Schreibmaschine für 227 €. Im Verhältnis zum Gesamtvolumen des Haushaltes handelt es sich bei den Beanstandungen aber nur um Kleinbeträge. Eine weitere positive Entwicklung ist im Bereich der Schulen in der Umsetzung der Finanzrichtlinien durch Schulung der Schulleiter und –sekretariate zu erwarten.

Die Finanzführung der Stiftungen war tadellos.

Der Rechnungsprüfungsausschuss befürwortet die Entlastung des Oberbürgermeisters und der Beigeordneten sowie der Vorstände der Stiftungen.

Frau Boiselle-Vogler bedankt sich für den Vortrag und stellt den Tagesordnungspunkt zur Diskussion. Sie stellt fest, dass sich Speyer im Rahmen der allgemeinen schlechten Finanzentwicklung der Städte und Kreise bewegt.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

- a) die Jahresrechnungen der Stadt und der Stiftungen für das Haushaltsjahr 2004 mit den festgestellten Abschlussergebnissen zu beschließen und
- b) dem Oberbürgermeister und den Beigeordneten sowie den Vorständen der Bürgerhospital- der Waisenhaus- und der Kolbstiftung für die Haushalts- und Wirtschaftsführung der Stadt und der Stiftungen im Haushaltsjahr 2004 Entlastung zu erteilen.

Herr Oberbürgermeister Schineller, Herr Bürgermeister Brohm und Herr Beigeordneter Wunder haben an der Beratung und Abstimmung nicht teilgenommen.

Gegenstand: Neufestsetzung der Grundschulbezirke
Vorlage: 0021/2006

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Der Vorsitzende verweist auf die einstimmige Empfehlung des Schulträgersausschusses.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt einstimmig, bei der Schulbehörde die folgende Neuordnung der Schulbezirke der Klosterschule, der Zeppelinerschule, der Woogbachschule und der Grundschule im Vogelgesang zu beantragen:

Woogbachschule

Westen: Gemarkungsgrenze
Norden: Bahnlinie Speyer-Schifferstadt, Alter Postweg
Osten: Wormser Landstraße (stadteinwärts) bis Kreuzung „Rauschendes Wasser“, Friedrich-Ebert-Straße bis zur Bahnlinie, Bahnlinie Speyer Germersheim bis zur südlichen Bahnüberführung, Josef-Schmitt-Straße, Gerhart-Hauptmann-Straße, Obere Langgasse (stadtauswärts), Schützenstraße bis Bahnlinie, Bahnlinie Speyer-Germersheim
Süden: Gemarkungsgrenze bis Bahnlinie Speyer-Germersheim

Klosterschule

Westen: Wormser Landstraße (stadteinwärts) bis zur Kreuzung „Rauschendes Wasser“, Friedrich-Ebert-Straße bis zur Bahnlinie, Bahnlinie Speyer – Germersheim bis zur südlichen Bahnüberführung
Norden: Austraße
Osten: Rhein
Süden: Speyerbach bis Sonnengasse, Sonnengasse, Nikolausgasse, Domplatz/Edith-Stein-Platz, Große Himmelsgasse, Johannesstraße, Armbruststraße, St.-Guido-Stifts-Platz, Hirschgraben, Bahnhofstraße (stadteinwärts), südliche Bahnüberführung bis Bahnlinie Speyer - Germersheim

Zeppelinerschule

Westen: Bahnlinie Speyer – Germersheim bis Schützenstraße, Schützenstraße (stadtauswärts), Obere Langgasse, Gerhart-Hauptmann-Straße
Norden: Josef-Schmitt-Straße (stadteinwärts), südliche Bahnüberführung bis Bahnhofstraße, Bahnhofstraße (stadtauswärts), Hirschgraben, St.-Guido-Stifts-Platz, Armbruststraße, Johannesstraße, Große Himmelsgasse, Domplatz/Edith-Stein-Platz, Nikolausgasse, Sonnengasse bis Speyerbach, Speyerbach
Osten: Rhein
Süden: Umgehungsstraße bis zur Rulandstraße, Rulandstraße, Diakonissenstraße (stadtauswärts), Seekatzstraße (westwärts), Schwerdstraße (stadtauswärts), Landauer Straße (stadtauswärts) bis

Umgehungsstraße, Umgebungsstraße bis Bahnlinie Speyer-Germersheim

Grundschule im Vogelgesang

Westen: Gemarkungsgrenze bis Bahnlinie Speyer-Germersheim
Norden: Umgehungsstraße bis Landauer Straße, Landauer Straße (stadteinwärts), Schwerdstraße, Seekatzstraße, Diakonissenstraße (stadteinwärts), Rulandstraße, Umgehungsstraße
Osten: Rhein
Süden: Gemarkungsgrenze

Inkrafttreten

Änderung Zeppelinerschule / Grundschule im Vogelgesang ab dem Schuljahr 2007/2008
Änderung Zeppelinerschule / Woogbachschule ab dem Schuljahr 2007/2008

Änderung Klosterschule / Zeppelinerschule und Klosterschule / Woogbachschule ab Inbetriebnahme des neuen Schulgebäudes für die Klosterschule

12. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 02.03.2006

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 8

Gegenstand: Namensgebung für die Berufsbildende Schule
Vorlage: 0024/2006

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Herr Claus Ableiter erklärt, dass über 90 % der vergebenen Namen bei Straßen und Einrichtungen in Speyer Männern gelten. Es gibt eine Liste mit Namen verdienter Frauen, die bereits seit längerem existiert. Er regt an, zukünftig bei der Namensvergabe mehr darauf zu achten, ein Gleichgewicht zu schaffen. Da es der Wunsch der Schule ist, wird die BGS-Fraktion aber zustimmen.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt auf Empfehlung des Schulträgersausschusses einstimmig, den Namen der Berufsbildende Schule zu ändern und ihr künftig den Namen „Johann Joachim Becher-Schule Berufsbildende Schule Speyer“ zu geben.

12. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 02.03.2006

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 9

Gegenstand: Verkaufsoffene Sonntage 2006;
a) **Zulassung eines 2. verkaufsoffenen Sonntags anlässlich des Frühlingsfestes am 07.05.2006**
b) **Zulassung eines 3. verkaufsoffenen Sonntags anlässlich des Austraßenfestes am 14.05.2006**
Vorlage: 0025/2006

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt, vorbehaltlich der Zustimmung der ADD Trier, dem Antrag auf Zulassung der verkaufsoffenen Sonntage zu entsprechen:

- 2. verkaufsoffener Sonntag anlässlich des Frühlingsfestes am 07.05.2006
- 3. verkaufsoffener Sonntag anlässlich des Austraßenfestes am 14.05.2006

12. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 02.03.2006

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 10.1

**Gegenstand: Ausschussumbesetzungen; Vorschlag für die Besetzung des
Schiedsamtes ab 01.07.2006
Vorlage: 0007/2006**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt einstimmig, der Direktorin des Amtsgerichtes Speyer Herrn Günter Wedekind als Schiedsperson nach der Schiedsamtordnung für die Amtszeit 01.07.2006 bis 30.06.2011 vorzuschlagen.

**Gegenstand: Ausschussumbesetzungen; Wahl weiterer Mitglieder in die
Verbandsversammlung des Verbandes Region Rhein-Neckar
Vorlage: 0006/2006**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Herr Dr. Winterle erklärt, dass die Parteizugehörigkeit des Oberbürgermeisters bei der Nominierung des weiteren stimmberechtigten Mitgliedes trotz des Verfahrens Hare-Niemeyer berücksichtigt werden sollte und schlägt für die SPD-Fraktion als Gegenkandidat zur Vorlage Herrn Walter Feiniler vor.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass er kraft Amtes und nicht nach Parteizugehörigkeit dem Gremium angehört. Er wird dort auch von seinem Amtsvertreter, der durchaus auch einer anderen Partei angehören kann, vertreten. Insoweit betrachtet er die Verwaltungsvorlage als korrekt.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt auf Vorschlag der CDU-Stadtratsfraktion gegen die Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mehrheitlich, für die Besetzung der Verbandsversammlung Region Rhein-Neckar folgende Personen zu nominieren:

weiteres stimmberechtigtes Mitglied: Edwin Franck (CDU)

stellvertretendes, weiteres stimmberechtigtes Mitglied: Martin Roßkopf (SWG)

Der Gegenvorschlag der SPD-Stadtratsfraktion findet demnach nicht die erforderliche Mehrheit.

Gegenstand: Ausschussumbesetzungen; Seniorenbeirat
Vorlage: 0037/2006

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt auf Vorschlag des Seniorenbeirates einstimmig folgende Umbesetzung:

Gremium:	Mitglied:	Stellvertreter(in):
Seniorenbeirat (19.)	weitere stimmberechtigte Mitglieder: Gewerkschaften: Erwin Schuster (IGM) (unverändert)	neu: Alfred Weinmann Diakonissenstraße 90 67346 Speyer für: Klaus Keller (ver.di)

12. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 02.03.2006

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 11

Gegenstand: Fragen und Anregungen von Bürgern

Anfragen von Bürgern liegen nicht vor.

12. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 02.03.2006



12. Sitzung des Stadtrates 02.03.2006 **Werner Schineller**

Hinweis: Diese Seite bitte nicht löschen! Enthält wichtige Seriendruck-Platzhalter für das Gesamtdokument!